

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE ·

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidegasse.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungwechsel, auch nach dem Ausland, sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts vorher Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Zu diesem Zwecke ist eine **vorgedruckte Fragekarte zu benutzen**, die von den Mitgliedschaftsvorständen zu beziehen ist. Die Auskunftserteiler sind angewiesen, nur solchen Kollegen Antwort zu geben, die diese Fragekarte verwendet haben.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunfts-karten sofort zu beantworten. Die Auskunfts-karte dient nur zur Auskunft und darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Unterstützungs-Auszahler haben alle statutarischen **Unterstützungen**, gleichviel welcher Art, sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen sowie der Auskunfts- und der Reisekarte etc. keine Unterstützungen auszusahlen.

Es wird dringend darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung von Unterstützungen, Auskunfts-Erteilung, Arbeitsvermittlung usw. nur während der im Adressen-Verzeichnis angegebenen Zeit durch die dort verzeichneten Kollegen erfolgen darf. **Alles Aufsuchen der betreffenden Verwaltungsmitglieder in den Geschäften ist unbedingt zu unterlassen.**

Der Hauptvorstand.

Gesperrt.

Stellungannahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindruck:

Barmen. BIANKE, Briefumschlagfabrik.

Berlin. Der gegnerische Arbeitnachweis bei S. Hermann.

Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Lahr i. B. Hermann Pfaff.

Für Chemigraphen:

Berlin. Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Orey; Orützmacher; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.

Chemnitz. A. Jülich; Schulz; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel.

Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert.

Stuttgart. Gebr. Rößle.

Wernigerode i. H.

Im Ausland:

Belgien. Brüssel. I. L. Goffarth, (Lith. u. Steindr.).

Verviers. (Lith. u. Steindr.).

Dänemark. Die Kollegen stehen in einer Tarifbewegung. Zuzug fernhalten.

England. London. Die Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham, Court Road, London, hat mit ihren Notendruckern Differenzen; Zuzug fernhalten.

Holland. Kronmenie. Verwers Firnis- u. Metalldruckerei.

Harlem. Firma Poligraph.

Rotterdam. «Modern».

Nord-Amerika. Vereinigte Staaten und Kanada.

Oesterreich. Fiume. Union Typographia.

Innsbruck. Graphische Kunstanstalt Max Schammler.

Triest.

Schweiz. Genf. Excoffier.

Schweden. Arlöf. Firma Grafia.

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Der Genossenschaftstag in Eisenach. — Rundschau. — Zum Kapitel Lohn- und Preispolitik. — Preispolitik. — Zur Alkoholfrage. — Vermischtes. — Briefkasten der Redaktion. — Briefkasten der Expedition. — Anzeigen.

Beilage: Allgemeines: Es nützt ja doch nichts, ich trete aus. Preisausschreiben. Die Auskunftslosen. Brief aus Argentinien. Ortsberichte: Karlsruhe, M.-Gladbach, Niedersieditz, Nürnberg, Saalfeld. — **Der Lithograph:** Was uns nützt. — **Der Steindruck:** Zur Frage der Zentralkommission. Aus den Sektionen: Leipzig. — Die photomech. Fächer: Reproduktionstechnik. — **Die Tapetenbranche:** Berichtigung. Aus den Sektionen: Harburg, Lüneburg, Radebeul. — **Feuilleton.**

Der**Genossenschaftstag in Eisenach.**

Zu derselben Zeit, in der in Hamburg der Gewerkschaftskongress mit seinen Verhandlungen begann, trat in Eisenach der **fünfte deutsche Genossenschaftstag** zusammen. Er wurde in Anwesenheit von mehr als 500 Delegierten, von Abgeordneten der Genossenschaftsbewegung aus Oesterreich, der Schweiz, Holland, England, Dänemark und Finnland, von Beauftragten der verschiedenen Genossenschaftsangehörigen, sowie des Oberbürgermeisters Schneider als Vertreter der Stadt Eisenach und des Bezirksdirektors König als Vertreter der großherzoglichen Regierung am 22. Juni eröffnet. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte, im Einverständnis mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, den Genossenschaftstag nicht beschiedet.

Aus dem **Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine**, der von dem Vorsitzenden Radestock und dem zum Generalsekretär beförderten Sekretär Kaufmann mündlich erläutert wurde, heben wir folgendes hervor: Die Zahl der in Konsumgenossenschaften organisierten Mitglieder betrug nahezu 1,4 Millionen. Rechnet man die Familie durchschnittlich zu 5 Köpfen, so ergibt sich, daß die Konsumgenossenschaften in Deutschland gegen 7 Millionen Menschen umfassen, d. h. also nahezu ein Achtel der gesamten deutschen Bevölkerung! Die Zunahme der Mitgliederzahl bezifferte sich 1907 auf 9 Proz. — Von dieser Gesamtzahl deutscher

Konsumvereinsmitglieder sind 879 221, die in 959 Konsumgenossenschaften organisiert sind, im Zentralverband vereinigt, der 1907 um 61 070 Mitglieder — 13,2 Proz. zugenommen hat. — Zur Erfüllung der sozialen Verpflichtungen der Konsumvereine gegenüber den Angestellten hat der Zentralverband rege gewirkt, sodaß die meisten großen Vereine ihrem Personal Ferien gewähren, bei militärischen Übungen den Gehalt weiterzahlen und oft auch die Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung übernehmen. Um die Angestellten auch über das Arbeitsverhältnis hinaus bei Eintritt der Invalidität oder anbrechendem Alter zu sichern und nach dem Ableben den Witwen und Waisen soweit als möglich den Ernährer zu ersetzen, gründete der Zentralverband am 1. Januar 1906 eine Unterstützungskasse, der am 1. April 1908 aus 115 Genossenschaften 3300 Angestellte angeschlossen waren und die ein Vermögen von fast einer halben Million angesammelt hat. — Der Zentralverband war ferner bemüht, das Versicherungswesen für Konsumvereine selbst zu übernehmen, sodaß bis jetzt 112 Genossenschaften gegen Feuersgefahr, 20 gegen Einbruch und Diebstahl, 9 gegen Glas- und 3 gegen Wasserleitungsschäden bei ihm versichert sind und 256 Genossenschaften in der Unfall- und Haftpflichtversicherung mit ihm gemeinsam arbeiten. Die Feuerversicherung soll auch mit niedrigstem Prämiensatz auf die Mitglieder der angeschlossenen Vereine ausgedehnt werden. — Der Vorstand des Zentralverbandes bemühte sich um den Abschluß von Tarifverträgen mit den in Frage kommenden Angestellten- und Arbeiterkategorien, jedoch in bezug auf die Lagerhalter und Handlungsgehilfen erfolglos. Für diese bestehen vielfach noch örtliche Verträge. — An Stelle des »Frauengenossenschaftsblattes« wurde das »Genossenschaftliche Volksblatt« begründet, dessen Redaktion dem Genossenschaftler Dr. August Müller übertragen wurde.

Die **Gegner der Genossenschaftsbewegung**, Kleinkrämer und Mittelstandsreiter, suchen gegen die Genossenschaften dadurch zu wirken, daß sie deren religiöse und politische Neutralität in Frage ziehen und sie als sozialdemokratische

Organisationen bezeichnen, ohne jedoch bisher imstande gewesen zu sein, irgend einen Beweis für diese Behauptungen zu erbringen. Nach einem Referat des Direktors Barth-München protestierte der Genossenschaftstag in entschiedenster Weise durch eine Resolution gegen diese Verdächtigungen und stellte fest, »daß seine Ziele nie andere waren, als eine wirtschaftliche Kräftigung und Hebung der materiellen Lage seiner Mitglieder unter Beobachtung seiner Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber allen politischen Ueberzeugungen und religiösen Bekenntnissen der einzelnen«.

Ferner referierte der erste Direktor der Großeinkaufsgesellschaft Scherling über das **Bank- und Kassenwesen der deutschen Konsumvereine**. Die Errichtung einer eigenen Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft, die zur Anlegung aller freien Gelder der Konsumvereine und zur Regelung ihres gesamten Geldverkehrs dienen soll, wurde mit Freuden zur Kenntnis genommen durch eine Resolution, in der als das Ziel der Organisation des Bank- und Kassenwesens der Konsumvereine »die unbedingte Barzahlung gegenüber den Lieferanten und die sichere und zugleich liquide (flüssige) Anlegung eines entsprechenden Teiles der von den Mitgliedern anvertrauten Spareinlagen« bezeichnet wurde.

Ueber die **Tätigkeit des Tarifamtes** berichtete sodann A. v. Elm, der besonders die Polemik über eine auf dem Düsseldorfer Genossenschaftstag zu der gleichen Frage beschlossene Resolution, die vielfach mißverstanden worden sei, behandelte. Um diese Mißverständnisse zu beseitigen, hat sich der Vorstand des Zentralverbandes mit der Generalkommission der Gewerkschaften auf eine gemeinsame Resolution geeinigt, die dem Genossenschaftstag zur Beschlussfassung und dem Gewerkschaftskongress zur Kenntnisnahme unterbreitet werden sollte. Diese Resolution haben wir im Bericht über die »Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände zu Hamburg« in der vorigen Nummer der »Graph. Presse« zum Abdruck gebracht, sodaß wir uns eine Wiederholung sparen können. Bemerkte muß aber werden, daß der Referent von Elm, der in der Vorstandskonferenz zugegen war und dort voll für die vereinbarte

Resolution eintrat, dem Schlußsatz der Vereinbarung: »Erweist sich der Abschluß eines Gesamtariffs für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als verfrüht oder unmöglich, so steht dem Abschluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege.« aus eigener Machtvollkommenheit folgenden Schwanz hinzugefügt hat, der mit der gesamten Resolution vom Genossenschaftstag angenommen wurde: »wenn die bezüglichen örtlichen Tarifordnungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.« Ferner erklärte sich der Genossenschaftstag zum Abschluß von Tarifen mit Gewerkschaften jeder Richtung bereit, sofern diese bei der Aufnahme von Mitgliedern Neutralität bewahren, da eine Parteiergreifung zu den zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtung bestehenden Differenzen »mit der grundsätzlichen Neutralität des Zentralverbandes unvereinbar sein würde«.

Außerdem hielt der juristische Ratgeber des Zentralverbandes, Dr. Riehn, einen Vortrag über die zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art, worauf eine scharfe Protestresolution gegen diese Steuergesetzgebung, die gerade die ärmere Bevölkerung am schwersten trifft, angenommen wurde.

Zum Schluß wurde der Bericht der Unterstützungskasse und des Ausschusses erledigt, worauf die Verbandsrechnung genehmigt wurde. Die Beiträge wurden nach den Vorschlägen des Ausschusses festgesetzt. An den Internationalen Genossenschaftsbund zahlt der Zentralverband deutscher Konsumvereine einen Jahresbeitrag von 1000 Mk. Nach den Wahlen der Vorstandsmitglieder und der Vertreter im Tarifamt wurde der Genossenschaftstag am 24. Juni geschlossen.

Druckfehler-Berichtigung. Im Leitartikel der vorigen Nummer hat der Druckfehlerkollaborat durch Verdrehung einiger Worte sein Wesen getrieben. So muß es gleich in der zweiten Zeile statt »Generalversammlung« heißen »Generalkommission«. Ferner ist in derselben Spalte, Zeile 9 von unten statt »Einführung« zu lesen »Einrichtung«. Endlich geben auf der nächsten Seite, 1. Spalte, Zeile 14 nach oben v. u. der unteren Tabelle aus 117 Auskunftsstellen nicht »christliche«, sondern selbstverständlich »schriftliche« Auskunft.

Rundschau.

Wer hat Lust? Im Klimsch'schen Anzeiger vom 17. Juli steht folgendes Inserat:

„**Tüchtiger Steindrucker** für alle vorkommenden Arbeiten für Handpresse vom 27. Juli gesucht. **Kost und Logis im Hause.** Angebote mit Zeugnisabschriften über Lohn und Antrittszeit erbeten. . . .

Es handelt sich um dieselbe Anstalt, die auch in dem Calwer'schen Werk über »Das Kost- und Logiswesen im Handwerk« (besprochen in den Nummern 15, 16, 17 der »Gr. Pr.«) erwähnt ist. Wer Näheres über das als *schlecht* klassifizierte Logis erfahren will, lese das nach, was darüber nach dem Calwer'schen Werk in No. 17 der »Gr. Pr.«, Beilage 2. Spalte, wiedergegeben ist. Ueber die Kost könnten leider keine genaueren Feststellungen gemacht werden. Wer aber Appetit — pardon: Lust hat, der biete sich an mit »Zeugnisabschriften über Lohn usw.« für »Kost und Logis im Hause« — nach Obtingen!

Ueber die graphischen Gewerbe auf der Ausstellung München 1908 bringt die Juli-nummer des »Deutsch. Buch- und Steindr.« einen Artikel, aus dem wir über unser Gewerbe folgendes entnehmen: »Sehr reichhaltig ist auch die Ausstellung der Lithographen- und Steindrucker-Fachschule. Hier wurden nach Schülerzeichnungen — teils Naturstudien, teils Anwendungen für verschiedene Zwecke — Lithographien und Drucke hergestellt. Interessant ist es, wie auf diesen in Format, Gegenstand und Technik so verschiedenartigen Blättern mit einfachen Mitteln vortreffliche Wirkungen erzielt wurden.«

Zur Nachahmung empfohlen! Die Zahlstelle Freiburg i. Br. wird, wie wir dem Karlsruhe' Wochenzettel entnehmen, anlässlich der im Herbst dieses Jahres in Freiburg stattfindenden Bezirkskonferenz eine allgemeine Ausstellung von Entwürfen, Zeichnungen, Skizzen etc., sowie Reproduktionen und Drucksachen aller Verfahren veranstalten, um dadurch etwas Interessantes zu schaffen, das geeignet

ist, neue Anregungen zu wecken, die zur Vervollkommnung in der fachtechnischen Ausbildung der Kollegen von Nutzen sein dürften.

In der Porzellanindustrie ist hauptsächlich infolge der hohen Zölle, die auf Porzellanwaren gelegt wurden, eine schwere Krise ausgebrochen, die immer schärfere Formen annimmt. In Kahla, wo die Arbeitszeit bereits auf 5 und 4 Tage pro Woche reduziert wurde, sind unlängst wieder hundert Arbeiter entlassen worden. Da die Porzellanfabrik in Kahla bisher wohl die meisten keramischen Abziehbilder von allen Porzellanfabriken der Welt verbrauchte, ist der ungeheure Geschäftsrückgang natürlich auch in unserer deutschen keramischen Abziehbilderindustrie stark zu spüren.

Ueber den Tarifkampf unserer dänischen Kollegen, über den wir bereits in No. 29 einen Bericht brachten, bringt die »Papierzeitung« vom 26. Juli eine kurze Notiz, in der folgendes zu lesen ist: »Da der dänische Arbeitgeberverein ein für allemal beschlossen hat, sich für die nächste Zeit durchaus nicht auf irgendwelche Verkürzung der Arbeitszeit in irgend einem Fache einzulassen, die Lithographen aber hartnäckig auf ihrer Forderung beharren, so wurde für den 24. Juli eine außerordentliche Hauptversammlung des Arbeitgebervereins einberufen, um Abwehrmaßregeln oder Aussperrung vorzubereiten.« Wie uns mitgeteilt wird, haben denn auch bei Nichtaufnahme der Arbeit durch unsere Kollegen die Unternehmer aller Berufe die Aussperrung der übrigen Arbeiterschaft angedroht. Bis zur Stunde ist bestimmteres noch nicht gemeldet.

Die Arbeitsnachweis-Konferenz der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, von deren Einberufung wir s. Z. Mitteilung machten und die nunmehr am 27. Juli stattgefunden hat, zeigte wieder deutlich das Bestreben der Unternehmer, die Arbeitsvermittlung in ihre Hände zu bekommen. Auch gegen jede Parität bei der Verwaltung der Arbeitsnachweise wurde entschieden Stellung genommen. Wie man die bestehenden paritätischen Nachweise zu diskreditieren versuchte, zeigten am besten die Ausführungen Dr. Wagners (in dessen wertvolle Arbeitskraft sich bekanntlich der »Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer« und der »Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe« redlich teilen) über den »Arbeitsnachweis im Buchdruckgewerbe«. Seine Darlegungen führten nach der »Arbeitgeberzeitung« zu dem Ergebnis, »daß die Gewerkschaft der Buchdruckergehilfen auch den paritätischen Arbeitsnachweis lediglich als Übergangsstadium zu einem einseitigen gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis betrachtet. Es ist soweit gekommen, daß die Gehilfen sofort den ganzen Betrieb still legen, wenn ihre oft unerfüllbaren Forderungen berücksichtigt werden. (Wahrscheinlich soll es heißen »nicht berücksichtigt werden.« D. R.) Der viel gerühmte soziale Friede im Buchdruckgewerbe ist nur ein Scheinfriede, nur ein bewaffneter Waffenstillstand. Die dem Arbeitgeberverbände für das Buchdruckgewerbe angehörigen Arbeitgeber führen einen Kampf, der von prinzipieller Bedeutung ist; sie verdienen weitestgehende Unterstützung.« — Der Herr Doktor muß es ja wissen. Das Gros der Buchdruckprinzipale, das den Wert der Tarifvereinbarung und des paritätischen Arbeitsnachweises erkannt hat, lacht allerdings nur über die von praktischen Erfahrungen durchaus nicht angekränkelten Meinungen. Für unsere Kollegen muß der Standpunkt der Scharfmacher unter den Unternehmern und ihr Bestreben aber Veranlassung sein, bei jedem Stellungswechsel strengste Disziplin zu üben.

Franz Joseph Ehrhart, der sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete aus der Pfalz, ist im Alter von 55 Jahren in Ludwigshafen a. Rh. gestorben. Er hat sein ganzes Leben der Arbeiterklasse gewidmet, aus der er hervorgegangen ist. Er hat sich aus eigener Kraft mit eisernem Fleiß zu einer Höhe der Bildung und des Wissens emporgerungen, um die ihn mancher Herr Doktor mit staatlich abgestempeltem Bildungsausweis beneiden könnte, und hat all sein Können und seine ganze Kraft voll in den Dienst der Sache der Entrechteten gestellt. Im Herzen der Arbeiterschaft hat er sich ein unvergängliches Denkmal errichtet.

Aussperrung wegen Ueberstundenverweigerung. Wie frivol das Unternehmertum tausende von Arbeitern auf's Pflaster wirft, geht aus folgendem Anschlag hervor, mit dem die Direktion des Stettiner »Vulkan« am 17. Juli ihre Arbeiter bedachte: »Da ein Teil der Nieter Donnerstag und Freitag Ueberstunden nicht gemacht haben, wird der Betrieb heute, Sonnabend abend, geschlossen und solange geschlossen bleiben, bis die Nieter sich dem Paragraphen der Arbeitsordnung fügen.« Es ist zu bemerken, daß es sich nicht um pure Verweigerung von Ueberstunden handelt, sondern nur um eine von den Arbeitern verlangte, von der Direktion aber brüsk abgelehnte Regelung des bereits seit zehn Wochen andauernden Ueberstundenwesens. Es wurden wöchentlich mehrmals 24 Stunden hintereinander gearbeitet. Von der Aussperrung sind 7800 Arbeiter betroffen. Die Werft hatte zur Erhöhung der Feier des Hinauswerfens ein Massenangebot von Polizeibeamteten veranlaßt.

Warum es keine christlichen Unternehmerverbände gibt, hat in der überraschendsten Weise der christliche Arbeitersekretär Funke-München in einer christlichen Bergarbeiterversammlung in Penzberg (Oberbayern) am 17. Mai gelöst. Er meinte: »Die Unternehmer sind nicht so dumm wie die Arbeiter.«

Da diese sehr stark besuchte Versammlung hauptsächlich aus Anhängern des Bergarbeiterverbandes bestand, so kann man sich denken, daß die Mitteilung Funkes mit stürmischer Heiterkeit und Händeklatschen aufgenommen wurde, das sich wiederholte, als Funke von neuem diese Behauptung in den Saal schrie. Also die Unternehmer sind nicht so dumm, »christliche« Verbände zu gründen; sie vereinigen sich mit Juden und Nichtchristen in einer Organisation und vertreten ihre gemeinsamen Interessen so am vorteilhaftesten. Aber die christlichen Arbeitersekretäre, die dieses genau wissen, halten die Arbeiter für so dumm, daß sich ein Teil von ihnen in christliche Verbände absondern läßt, wo sie doch mit allen Arbeitern gemeinsame wirtschaftliche Interessen haben, die durch diese Zersplitterungstaktik geschädigt werden. Und obendrein werden die so von ihren Führern genasführten und geschädigten christlichen Arbeiter noch von denselben Führern erhöht, daß sie so dumm sind. Die christlichen und sonstigen »neutralen« Verbände tragen die Schuld an diesen Zersplitterungen. Alle Arbeiter gehören in die freien Gewerkschaften; nur dort können ihre Forderungen mit dem nötigen Nachdruck vertreten werden.

Eine Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeit. Die Fachzeitung »Bitumen«, Organ einer Reihe Unternehmerverbände, beschäftigt sich in ihrer No. 14 vom 16. Juli d. J. mit den freien Gewerkschaften. Der Verfasser des Artikels, Dr. Karl Ruser, sagt da u. a.: »Wir können davon absehen, alle in Deutschland bestehenden Arbeiterorganisationen aufzuzählen, wir bekommen eine deutliche Vorstellung von der Bedeutung der Arbeiterorganisationen, wenn wir die Zahlen derjenigen Arbeiterorganisationen anführen, die unstreitig die Interessen der Lohnarbeiterklasse am tatkräftigsten und umsichtigsten wahrnehmen, der freien Gewerkschaften. . . . Es folgt dann eine zahlenmäßige Darstellung der Bedeutung der Gewerkschaften. Dann heißt es weiter: »Es wäre töricht, wollten wir uns über die Fülle von Macht täuschen, die sich hinter diesen Zahlen verbirgt; aber hinter ihnen steckt noch mehr, was vielleicht nicht sofort sichtbar wird, was aber deshalb nicht weniger von Bedeutung ist. Organisationen von dieser Ausdehnung zu schaffen, sie auszubauen, sie zu leiten, setzt eine treffliche Intelligenz, die schöpferische Fähigkeit der Organisation, der Disziplinierung, des planmäßigen Wollens und Erkennens in bedeutendem Maße voraus, Eigenschaften, auf die stolz zu sein die Lohnarbeiterschaft allen Grund hat. . . .

Dieses schlichten Darlegungen schließen mit folgendem von Objektivität, ruhiger Würdigung der Verhältnisse und Anerkennung des Rechts der Arbeiter auf Mitbestimmung bei Festlegung der Arbeitsbedingungen zeugenden Urteil: »Diese Daten sollen ein kleiner Beitrag für die Notwendigkeit der Organisation der Unternehmer sein. Freilich nicht etwa zu dem Zwecke, um die Organisationen der Arbeitnehmer zu vernichten; solche Absichten lehnen wir als aussichtslos und verderblich von vornherein ab, wir erblicken vielmehr gerade in dem Bestehen großer und starker Organisationen beider am Arbeitsprozesse mitwirkender Faktoren die einzige Möglichkeit, um zu dem relativen Frieden zu kommen, der überhaupt im Zeitalter des Klassenkampfes denkbar ist. Wir behalten uns vor, diese Behauptung in einem späteren Artikel zu beweisen, zu Nutz und Frommen derer, die, um ein berichtigtes Wort zu zitieren, hinter jeder Arbeiterorganisation die Hydra der Revolution lauern sehen.« Der Mann der das schrieb, ist kein Tille, er will nicht Organisationen als Vernichtungsfaktoren, er will die Zusammenfassung der Verantwortlichkeiten in Zentralinstanzen, um dadurch die Grundlage zu Verträgen zu schaffen.

Eine internationale Scharfmacherorganisation großen Stils soll nach dem »Vorwärts« in der Bildung begriffen sein. Zwischen den Norddeutschen Schiffsreedereivereinigung und der die Ost- und Nordseereedereien umfassenden Baltic and White Sea Conference, die ganz Nordeuropa beherrschen, sind Verhandlungen im Gange bezw. dem Abschlusse nahe, einen internationalen Verband der Reeder zu gründen. Diese neu zu schaffende Organisation, deren Hauptzweck: »Schutz gegen die Folgen von Ausständen der Seelute«, bilden soll, weist eine Gesamttonnage von 4,4 Millionen Tonnen (1 Tonne 20 Zentner) auf.

Zum Kapitel Lohn- und Preispolitik.

Von M. Seyfarth.

Der Verfasser der beiden Artikel über »Gewerkschaftliche Lohn- und Preispolitik« in den Nummern 27 und 28 der »Gr. Pr.« sagt am Schlusse seiner Ausführungen, daß er »gegen die Erneuerung des Tarifs an sich nichts einzuwenden habe«. Nun ist aber jeder Tarif ein Waffenstillstand »auf Kündigung«, also ein zeitweiliges Aufgeben des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaftsbewegung. Gewöhnlich besteht das Bedürfnis des Waffenstillstandes, wenn beide Teile schwere Kämpfe hinter sich haben, ohne daß ein Teil sich den Sieg zuschreiben kann. Nach Ablauf des Waffenstillstandes müßte, logisch nach Auffassung des Verfassers, die Neigung zum Kampf bestehen. Dies ist aber nicht der Fall, weder bei den Chemigraphen, noch bei den Buchdruckern. Und warum nicht? Weil beide Tarifpolitik treiben, d. h. im letzten Grunde, im Einvernehmen mit den

Unternehmern gewisse Normen zu schaffen versuchen, auf Grund deren die Prinzipale schließlich den Preis der Waren festsetzen, auf Kosten des Konsumenten. Ueberall, wo gute Tarife bestehen, sehen wir hohe Arbeitslöhne, hohe Profiteure, teure Warenpreise. Siehe England, vereinigte Staaten von Amerika. Das läßt sich nun einmal im heutigen Staat nicht ändern, wenigstens nicht durch die Gewerkschaften. Diese haben die Aufgabe, innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung Vorteile zu erringen; ihre Grenzen sind gesteckt. Das ist im Wesen der Tarifpolitik begründet.

Es muß nach Genossen Deutsch, dessen Ansicht Schnetter rekapituliert, diese Taktik als schädlich für die Arbeiterklasse aufhören, bzw. es müßten die Gewerkschaften zu verhindern suchen, daß die Unternehmer die Preiserhöhungen der Waren, unter dem Vorwande der Mehrausgaben an Arbeitskosten, vornehmen. Gewiß, ein ganz vortrefflicher Gedanke. Man ist versucht, ihn herzlich dumm zu nennen, war' er nicht so verflücht gescheit!

Wären die Gewerkschaften dazu imstande, so hätten wir einen Riesenschritt auf dem Wege der Sozialisierung der heutigen Gesellschaftsordnung getan. Aber die Ausführung! Keine Unternehmerorganisation würde derartige Verträge abschließen, sie müßte denn geradezu Selbstmord begehen. Sie müßte sich mit aller Macht dagegen stemmen, weil mit der fortschreitenden Lohnaufbesserungen die Profiteure soweit sinken würde, daß jedes Interesse des Kapitals schwindet. Einzelne Großbetriebe mit hoher Dividende würden den verminderten Profit gewiß verschmerzen können, ohne den Betrieb lahm zu legen, aber die andern? Aber auch die Großbetriebe sind an die Aktionäre gebunden, die ihre Aktien meistens zum augenblicklichen Kursstand kaufen und verkaufen.

Der heutige Staat beruht auf der Existenz der Mehrvertraten; er hat ein so beträchtliches Interesse an ihnen, daß er seine ganze Machtvolle daransetzen würde, eine derartige Taktik der Gewerkschaften zu hindern. Die anarchistische Idee, den Staat zu ändern mit Zufühlnahme der Gewerk- und Genossenschaften, ist ein schöner Traum. Halten wir die Finger davon, überlassen wir der internationalen Sozialdemokratie die Aufgabe: Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsweise in eine sozialistische durch Erringung der politischen Macht!

Preispolitik.

Von Eug. Hlasechek.

Mit einer gewissen Vorliebe versucht man in der »Graph. Presse« gegen die Tarifgemeinschaft der Chemigraphen Stimmung zu machen. Kaum werde über dieses Thema in genügender Weise diskutiert, erscheint abermals ein neuer Artikel mit alten Argumenten, um das zu wiederholen, was wir ohnehin schon lange wissen, daß die Tarifgemeinschaft der Chemigraphen vom Standpunkte moderner Gewerkschaftspolitik nicht ganz einwandfrei erscheinen mag. Auch die beiden Aufsätze des Kollegen Schnetter in No. 27 und 28 der »Graph. Presse« über Lohn- und Preispolitik sind uns Chemigraphen gewidmet, bieten aber ebenfalls nicht viel Neues. Immer nur der Hinweis auf unsere Prinzipien, nie ein anerkennendes Wort über die praktische Bedeutung dieser Tarifgemeinschaft für unseren Beruf und die in ihm beschäftigten Kollegen. Diesesmal kommt unserem Kollegen Schnetter der Genosse L. Deutsch zur Hilfe, der in einem Artikel der »Sozialistischen Monatshefte« die freien Gewerkschaften auffordert, ihre Lohnpolitik allmählich auch zu einer Preispolitik auszuwachsen zu lassen, damit die Arbeiter als Konsumenten nicht wieder verlieren, was sie als Produzenten durch ihre Organisation gewonnen haben. Die Gewerkschaften sollen versuchen, auf die Preisfestsetzung der Unternehmer Einfluß zu gewinnen, um zu verhindern, daß die durch Lohnerhöhungen verursachten Mehrausgaben der Unternehmer auf die übrige Bevölkerung abgewälzt, sondern von diesen selbst getragen werden, damit ihr Profit tatsächlich geschmälert wird, was bis jetzt nicht immer der Fall sei. Daß den Gewerkschaften der Weg zu diesem Ziele geradezu unmöglich erscheint, anerkennt Genosse Deutsch vernünftigerweise selbst, und hält es vorläufig für genügend, wenn die Gewerkschaften ihre Taktik danach einrichten, daß sie den Unternehmern die Ausplünderung der Konsumenten unter dem Vorwande, durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen dazu gezwungen zu sein, zu »erschweren« versuchen.

Dieser Anregung eines theoretisch tätigen Genossen, die auf die Ausfüllung einer vorhandenen Lücke in der Gewerkschaftstaktik hinweist, kann man nur voll und ganz beistimmen — so äußert sich der Praktiker Kollege Schnetter!

Ich verkenne nicht, daß durch das unerhörte Steigen aller Lebensmittel der größte Teil unserer Lohnerhöhungen wieder verloren geht, aber die Anregung des Genossen Deutsch möchte ich doch nicht so ganz und voll unterschreiben, wie Kollege Schnetter. Ich glaube nämlich, daß unsere Gewerkschaften in erster Linie noch recht viele andere Aufgaben zu erfüllen haben, bevor sie ihr Augenmerk auf Dinge richten können, die nur neuerliche schwere Kämpfe und vielleicht ebensolche Niederlagen hervorrufen könnten. Denn nicht alles, was in der Theorie schön klingt, ist in der Praxis durch-

föhrbar, und die Vorstände großer Arbeiterorganisationen werden dies nur bestätigen können. Nicht Theorien und Prinzipien kommen heute bei Lohn- und Tarifbewegungen allein in Betracht, sondern die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, die anwachsende Macht der Unternehmer, die uns bei normalen Tarifbewegungen genug zu schaffen geben, geschweige erst dann, wenn wir uns »erdreisten« sollten, bei Festsetzung der Warenpreise mitzusprechen. Wir haben also nach meiner Ansicht noch lange nicht die Macht, in dieser Weise vorzugehen. Deswegen halte ich die Anregung des Genossen Deutsch für verfehlt, für noch nicht brauchbar. Ich glaube, daß dies auch Kollege Schnetter anerkennen wird, doch er bedient sich des Genossen Deutsch als Mittel zum Zweck, um gegen jene Kollegen einen Schlag zu führen, die angeblich trotz der Anregung des Genossen Deutsch »Bündnisse« mit den Unternehmern gegen die übrige Bevölkerung eingehen, um auf diese die Mehrkosten der besseren Arbeitsbedingungen zu überwälzen.

Kollege Schnetter vergleicht solche Gewerkschaften, die eine Tarifgemeinschaft mit Preiskonvention abschließen, mit den »Christlichen« und Hirschen-Dunckerschen, die von uns stets »verhört« wurden. Kollege Schnetter ist offenbar der Meinung, daß ein Gewerbe, welches durch grenzenlose Schmutzkonzurrenz seinem sicheren Ruin entgegensteuert, lieber rettungslos zugrunde gehen soll, als daß die Arbeiter in Gemeinschaft mit den Unternehmern es verhindern, um so den »Geist« des Klassenkampfes zu dokumentieren und gleichzeitig die übrige Bevölkerung vor »Ueberwälzungen« zu schützen! Und daß die Chemigraphie ihrem Untergange nahe war, ist eine Tatsache, die ebensowenig wegzuleugnen ist wie die andere Tatsache, daß die Arbeitsverhältnisse in jenen Gewerben am trostlosesten sind, wo der Preisdrückerei keine Schranken gesetzt werden. Derartige Zustände in einem Berufe zu beseitigen, ist Aufgabe aller Beteiligten, und hier kommt vielleicht auch jenes gemeinsame Interesse zwischen Arbeitern und Unternehmern zum Ausdruck, das den Abschluß einer Tarifgemeinschaft mit Preiskonvention als erklärlich erscheinen läßt.

Weil das »Korrespondenzblatt« der Generalkommission früher der Tarifgemeinschaft mit Preiskonvention das Wort geredet, jetzt aber seine damalige Meinung geändert haben soll, hoffe Kollege Schnetter, daß auch bald die übrigen Gewerkschaftsinstanzen, die dem Tarif auf Gegenseitigkeit huldigen, zu dieser Einsicht gelangen werden. **Dies könnte dann als der Anfang einer wirklichen proletarischen Preispolitik begrüßt werden!** Na, so billig hätte ich mir eine Preispolitik nicht vorgestellt, wie sie hier eingeschätzt wird, und wir müßten nach Lage der Dinge eigentlich schon sehr lange »Preispolitik« befolgen, da doch nur ein geringer Bruchteil der Gewerkschaften (Buchdrucker und Chemigraphen) Tarifgemeinschaft mit Preiskonvention besitzen.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß wir eine Ueberwälzung auf die übrigen Konsumenten verhindern würden, wenn wir nicht Tarifgemeinschaft hätten. Die Steindruckereibesitzer in Böhmen haben in diesem Jahre ihre Preise erhöht, ohne daß man die Hilfe der Arbeiter in Anspruch nahm. Und dasselbe ist auch bei allen übrigen Gewerben der Fall, womit ich sagen will, daß wir die Ueberwälzungstaktik der Unternehmer auch ohne Tarifgemeinschaft nicht aus der Welt schaffen könnten. Wohl aber würden wir so manches Gute verlieren, was wir durch unseren Tarif gewonnen haben. Durch eine Zwangsorganisation, wie die unsere, müssen alle Kollegen Mitglieder unseres Verbandes sein. Wir sind also leichter in der Lage, die Kollegen zu klassenbewußten Arbeitern zu erziehen, während wir ohne Zwang recht lange brauchen würden, bis wir überhaupt die Kollegen als zahlende Verbandsmitglieder gewinnen könnten. Alle im chemigraphischen Berufe tätigen Arbeiter, die qualifizierte Arbeit leisten, müssen Mitglieder unserer Organisation sein, müssen ihre Beiträge leisten. Sie stärken dadurch unser Verbandsvermögen, was gewiß nicht zu verachten ist.

Das alles sind sehr nützliche, praktische Tatsachen, die für uns mehr Wert besitzen, als die theoretischen Ansichten des Genossen Deutsch, die für die Praxis nicht mehr bedeuten als das Papier, auf dem sie gedruckt werden.

Anmerkung. Wir haben die »Ausführungen des Kollegen Schnetter in den Nummern 27 und 28 der »Gr. Pr.« zur Diskussion gestellt und bringen daher die beiden vorstehenden Einsendungen zum Abdruck, wobei wir bemerken, daß wir uns mit ihnen ebensowenig identifizieren, wie wir uns mit Schnetters Ausführungen in allen Punkten einverstanden erklären können. Trotzdem das schon aus der dem zweiten Artikel angehängten Fußnote und aus dem Umstande zu schließen war, daß die Artikel unter dem Namen des Verfassers erschienen, halten wir obige Bemerkung doch für notwendig, weil das »Korrespondenzblatt« noch vor dem Abschluß der Schnetter'schen Ausführungen, also vor dem Erscheinen des zweiten Artikels, mit unserer Fußnote, folgende Ausführungen für notwendig hielt:

»Die »Graphische Presse« der Lithographen und Steindruckere veröffentlicht eine Abhandlung über

»Gewerkschaftliche Lohn- und Preispolitik«, in welcher der Verfasser, Friedrich Schnetter, sich an die diesbezüglichen Ausführungen von Julius Deutsch in den »Sozialistischen Monatsheften« anlehnt. Deutsch hatte in seinem Artikel (Heft 1 des Jahrg. 1908 der »Sozialistischen Monatshefte«) die Anregung gegeben, die Lohnpolitik der Gewerkschaften dahin zu erweitern, daß die Gewerkschaften auch auf die Preisbildung seitens der Unternehmer Einfluß zu gewinnen suchen sollen. Auf diesem Wege sollte, nach Deutsch, dem Unternehmern Gewinn zu Leibe gegangen werden, während heute dieser Gewinn auch bei seitens der Gewerkschaften erzielten Lohnerhöhungen unverändert bleibt, da die Unternehmer die aus den Lohnerhöhungen entspringenden Mehrkosten einfach auf die Konsumenten abwälzen. Wir haben s. Zt. von den Vorschlägen des Genossen Deutsch keine Notiz genommen, weil zunächst die Frage heute noch gar nicht diskutierbar ist, andererseits aber auch, weil Deutsch in seinem Aufsätze die im allgemeinen preisbildenden Faktoren unseres Erachtens übersieht. Schnetter versteigt sich nun zu folgendem Erguß: . . .

Es wird nun der ganze vorletzte Abschnitt des ersten Artikels von Schnetter wiedergegeben, wobei folgende Stellen durch Sperrdruck hervorgehoben worden sind: »Im Gegenteil, man feierte diese tariflichen Abmachungen, die den Unternehmern nicht nur keine Kosten, sondern sogar noch einen Extraprofit brachten, als beachtenswerte gewerkschaftliche Errungenschaften. . . Das Korrespondenzblatt der Generalkommission, das bislang den für die oben bezeichnete Ueberwälzungspolitik der Unternehmer bedingten gegenseitigen Organisationszwang nicht hochtönend genug als der gewerkschaftlichen Weisheit letzten Schluß preisen konnte, tut heute so, als hätte es stets den gegenteiligen Standpunkt eingenommen.« Sodann bemerkt das Korrespondenzblatt:

»Gegen die Unterstellungen, die unseren Gewerkschaften hier allgemein in einem Gewerkschaftsblatte gemacht werden, legen wir Verwahrung ein. Zugleich stellen wir fest, daß die Behauptung Schnetters bezüglich des »Korrespondenzblatt« lediglich seiner Phantasie entsprungen ist. Ebensowenig, wie wir die Ausführungen Friedrich Schnetters als der »gewerkschaftlichen Weisheit letzten Schluß« preisen können, haben wir jemals dem Organisationszwang solche Bedeutung beigelegt.«

Wir unsererseits müssen uns gegen den auch auf uns gemünzten Vorwurf, den Gewerkschaften im allgemeinen etwas unterstellt zu haben, entschieden verwehren. Wir haben nichts als eine theoretische Meinung, deren Äußerung jedem unserer Verbandsmitglieder freisteht, zum Abdruck gebracht. Aber auch der Verfasser der beiden Artikel legt gegen den Vorwurf Verwahrung ein, indem er uns um die Veröffentlichung folgender Zeilen bittet:

»Das Korrespondenzblatt kann nicht bestreiten, daß keine offizielle Gewerkschaftsstimme gegen die Tendenz der von mir angeführten und bekämpften Tarifverträge prinzipielle Bedenken erhoben hat. Uebrigens bezogen sich meine Ausführungen, gegen die das »K.« Verwahrung einlegt, nicht auf die Gewerkschaften im allgemeinen; ich sagte: »man feierte. . . Ein Teil der Gewerkschaftsblätter schwieg sich über die Frage aus, während ein anderer Teil einen Artikel des »K.« »Gewerbliche Friedensverträge« (No. 29 und 30 1905) als eigene Meinung zum Ausdruck brachte. Und in diesem Artikel wurden tatsächlich die von mir kritisierten tariflichen Abmachungen verteidigt und als beachtenswerte gewerkschaftliche Errungenschaften gepriesen. Auch meine Behauptung bezüglich des »K.« betreffend den Organisationszwang, ist nicht lediglich meiner Phantasie entsprungen. Zum Beweise hierfür diene nur folgende Gegenüberstellung: »Die wichtigsten Fragen des Organisationsvertrages sind die des gegenseitigen Organisationszwanges und der Haftung für die Durchführung der Schiedsgerichtsentscheidungen. Der Organisationszwang ist vorgesehen (§ 4) in der Form der gegenseitigen Verpflichtung, Arbeitsverträge einzugehen nur zwischen organisierten Prinzipalen und organisierten Gehilfen. Er enthält also die vollständigste Anerkennung der beiderseitigen Organisationen als maßgebende Faktoren aller Arbeitsverhältnisse. Das ist ein Fortschritt, den nur ein Uebelwollender übersehen kann. . . Die offizielle Anerkennung der Gehilfenorganisation seitens des zuständigen Arbeitgeberverbandes bedeutet für diese Widersacher (gemeint sind die um Tille) eine klatschende Ohrfeige, für die Buchdruckergehilfen aber einen Sieg ihrer Gewerkschaft. . . Der Organisationszwang soll aber nicht bloß die Anerkennung der Organisation, sondern auch die Durchführung der einheitlichen Organisation für jede Partei verbürgen. Hierin liegt der eigentliche Wert eines solchen Zwanges für die Gewerkschaften, denn naturgemäß haben diese kein Interesse daran, die Kollegen anderen Organisationen zugeführt zu sehen.« So schrieb das »K.« in No. 44 1906 in dem Artikel »Die Tarifergebnisse der deutschen Buchdrucker.« In No. 23 1908 war aber im »K.« zu lesen: »Der § 4 ist nunmehr von beiden Tarifkontrahenten in einwandfreier Weise abgeändert. Gegen seine frühere Fassung hatten auch wir uns gewendet, weil wir es nicht als die Aufgabe der Arbeitgeber und Arbeiter erblicken, sich gegenseitig in einer reinen gewerkschaftlichen Organisationsfrage zu unterstützen. Die Arbeiter haben selbst für die Stärkung ihrer Organisation einzutreten.« — Ist

dieser Zwiespalt der Natur Phantasie? Das »K.« kann nicht beweisen, daß es sich gegen die frühere Fassung des § 4 auch nur ein einziges Mal gewendet hat, stets hat es diese verherrlicht. Ueber den Grad dieser Verherrlichung durch das »K.« kann man sich freilich streiten. Hier setzen eben die subjektiven Begriffe ein.

Soweit Kollege Schnetter, dem wir damit zur Gegenüberung über den Vorwurf des Korrespondenzblattes Gelegenheit gegeben haben.

Die Redaktion.

Zur Alkoholfrage.

Von M. C., A.

Der Gewerkschaftskongreß liegt hinter uns. Wichtige Beschlüsse wurden gefaßt und auch sonst tüchtig gearbeitet. Aber eine, die Alkoholfrage, ist auch diesmal nur nebensächlich behandelt worden. Am Schlusse des Kongresses war es Bömelsburg, der ausführte, daß die Gewerkschaften der Essener Resolution beitreten. Ein Referat ist nicht gehalten worden. Hoffen wir, daß es beim nächsten Kongreß geschieht. Es scheint fast, als wenn wir Deutsche die uns nachgesagte Schwermüdigkeit immer bestätigen müßten. In den verschiedensten Ländern sind auf den Gewerkschaftskongressen Beschlüsse über die Materie gefaßt worden. Man hat ihr mehr Wichtigkeit beigemessen als bei uns. Nicht um die Mode mitzumachen sollten wir uns mehr damit befassen, sondern weil die Antialkoholbewegung eine der einschneidendsten Fragen im wirtschaftlichen Kampfe ist. Die Wissenschaft hat in den letzten Jahren so schlagende Beweise gegen den Alkohol gebracht, daß wir uns als moderne Gewerkschaftler dieser Frage nicht mehr entziehen dürften. Besonders sollte es eine Aufgabe der Presse sein, die Bekämpfung des Alkohols mit in ihr Bereich zu ziehen.

Wenn heute von einem Alkoholismus gesprochen wird, so handelt es sich dabei nicht um eine von unserer Wirtschaftsweise losgelöste Erscheinung. Im Gegenteil! Der Alkoholismus ist mit unserer heutigen Produktionsweise so eng verknüpft und so einschneidend auch im gewerkschaftlichen Kampfe, daß wir, wenn wir die Wirkungen unserer sozialen Zustände studieren, unwillkürlich darauf stoßen. Von verschiedenen Seiten, zumal von bürgerlicher, wird der Alkoholismus als Ursache aufgetaßt. Das ist er aber keineswegs. Es ist eine Verwechslung, die sich diese Leute zuschulden kommen lassen. Die Ursache liegt fast ausschließlich in der materiellen Lage, in der die Menschen gezwungen sind zu leben. Es muß also auch hier die Ursache beseitigt werden und die Wirkung wird eine andere sein. Bömelsburg hatte zum Teil recht, wenn er sagt: »Indem wir die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert und ihre Bildung erweitert haben, haben wir den Alkohol zurückgedrängt.« Das mag da und dort geschehen sein. Aber in den großen Industriezentren Schlesiens z. B. möchte ich das bezweifeln. Man stelle sich bloß einmal vor, wie ein Bergarbeiter dort lebt. Als Kind eine miserable Schulbildung, zu Hause ein Wohnungselend, wie es kaum zu beschreiben ist und obendrein noch das schlechte Beispiel der Eltern, die nur allzu oft trinken. Kommt er nun als Schülertassener auf die Grube, ohne ein anderes Leben als das des Trinkers zu kennen, so macht er es eben nach, ohne sich das geringste dabei zu denken. Der preußische Schnapsjunker macht natürlich sein bestes Geschäft. — Die Menschen soll man deshalb für ihr Tun nicht ohne weiteres verantwortlich machen. Denn sie vernichten dabei ihr gesundes Denken und kommen über ihr Elend nicht hinaus. Es ist auch auffallenderweise gerade dort die Arbeiterschaft am ärgsten zersplittert und schlecht organisiert, wo der Alkohol vorherrscht. Ferner sind hier die Arbeiter überhaupt schwer zu

organisieren. Es muß eben schon in der Schule die Aufklärung einsetzen, um die schulentlassene Jugend vor dem Alkohol zu warnen. Aber leider ist die Schule heutigen Tags kein Institut für Aufklärung. Dieses sollten sofort die Gewerkschaften einholen, wenn die Lehrlinge und andere jugendliche Arbeiter in die Betriebe kommen. Hier bin ich nun mit dem Artikelschreiber vom 29. Mai ganz und gar einig, wenn er sagt: Die Alten sollten nun den Jungen ein gutes Beispiel geben. Gut gesagt, aber wie steht es in Wirklichkeit? Wir sollten eben auch mehr Selbstzucht üben. Ganze Menschen sollen sich aus eigener Kraft erziehen. Jeder Vernünftige wird auch durch sein Denken darauf stoßen, daß das Trinken doch eine übernommene, heute allerdings stark verzweigte Tradition ist. — Freilich besteht gegen die Abstinenzbewegung ein großes Vorurteil. Wir müssen das aber zu überwinden versuchen. Jeder Arbeiter sollte sich auch über die Alkoholfrage eine Meinung bilden und sie nicht so seitwärts liegen lassen. Es nützt uns nichts, daß wir diese Bewegung mit ein paar schlechten Witzten abtun. Dadurch zeigen wir bloß unsere Unfähigkeit, eine Sache begreifen zu wollen. Es ist immer von Vorteil, zu jeder Sache Stellung zu nehmen, auch wenn diese Stellungnahme gegen die Sache ausfällt. Durchs einfache Ignorieren ist nichts bezweckt.

Der »Deutsche Arbeiter-Abstinenten-Bund« gibt 10 Pf.-Broschüren heraus, die populär und doch gut wissenschaftlich geschrieben sind. Nur bedauerlich, daß sie in den Vereinsbibliotheken nicht anzutreffen sind und sonst auch wenig gelesen werden. Ueberhaupt sollten gerade wir Arbeiter unsere kurze freie Zeit nicht mit gar so minderwertigem Lesestoff ausfüllen. Die aufklärenden Schriften sollten obenan stehen.

Weiter wäre der verdienstvollen Forschungen der Professoren Dr. Köpelin und Aug. Forel zu gedenken. Das Buch von Forel: »Die sexuelle Frage« sollte ebenfalls in keiner Verbandsbibliothek fehlen. Was lehrt er uns darin? Der Verfasser sagt uns auf Grund seiner Forschungen, daß durch Genuß von Alkohol die Keimvergiftung im menschlichen Individuum hervorgerufen wird. Eine ins Geschlechtsleben tief einschneidende Frage. Wahrlich Grund genug, sich damit wenigstens zu befassen, um sich sein Urteil darüber zu bilden. Hoffen und vertrauen wir nicht schon im Voraus auf die, welche nach uns kommen? Gewiß, gerade sie sollen doch das weiter bauen, was wir anfangen. Haben sie denn nicht ein Anrecht darauf, mit gesundem Leib und Geist geboren zu werden? Will die Arbeiterschaft einmal die führende Kulturpartei werden, dann muß sie mit allem Wissen ausgerüstet sein. Das Wort: »Wissen ist Macht« ist nur zu berechtigt.

Um nun noch einmal auf den Artikel vom 29. Mai zurückzukommen, müssen wir unbedingt unsere Jugend mit Wissen bereichern und ihr Aufklärung bringen in Schrift und Wort. Das kann aber nur geschehen, wenn wir Bildungsstätten schaffen. Aber wo? werden wir fragen. Hier hat R. Schmidt auf dem Gewerkschaftskongreß das Richtige getroffen: Die Jugend muß aus der Kneipe heraus! Und ich meine: wir samt und sonders mit. Das heißt, wir dürfen uns nicht mit Ketten an die Kneipe binden. Leider sind heutigen Tags noch Gewerkschaftshäuser ganz und gar durch Brauereikapital errichtet. Es wäre wirklich an der Zeit, daß derartige Schritte doch besser überlegt würden. Wir kommen viel weiter, wenn wir mit allen Ueberlieferungen brechen. Deshalb: Krieg dem Alkohol!

Farbe erfolgen. Als Grund zu der gar sonderbar anmutenden Aenderung wird angegeben, daß bedrucktes weißes Zeitungspapier nicht zu Zeitungspapier wieder verarbeitet werden kann, weil sich die Druckfarbe nicht entfernen läßt und der gewonnene Stoff grau wird. Infolgedessen muß immer neuer Holzschliff zum Druckpapier verwandt werden, und dies verursacht steigende Teuerung des Druckpapiers. Mit weißer Farbe bedrucktes schwarzes Papier könnte dagegen ohne Schwierigkeit zu neuem schwarzen Papier mit verarbeitet werden. Auch ließe sich zu solchem Papier Stoff aus Hölzern verwenden, die heute zur Erzeugung von weißem Papier un verwendbar sind. Aber die deutsche »Papierzeitung« verwirft den amerikanischen Vorschlag, indem sie erklärt, die Verfechter dieser neuen Art von Druckpapier scheinen nicht genügend bedacht zu haben, das es sehr schwer ist, genügend undurchsichtige weiße Farbe herzustellen, die auf schwarzem Papier gedruckt, ein leserliches Schriftbild ergibt. Auch muß das Papier zu diesem Zwecke tiefschwarz sein, und es so zu färben, kostet wohl ebensoviel, wie man durch Verwendung von Altpapier an Stelle von frischem Schliff ersparen kann.

Ein Zopf in den amerikanischen Gewerkschaften hat bisher den Negern die offizielle Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder in ihren Verbänden versagt. Die großen Verbände nahmen keine Neger auf, wenn sie sich auch darum bemühten, die Neger unter sich in bestimmten Industriezweigen zu organisieren. Kleine Verbände machten hie und da eine Ausnahme, aber im allgemeinen galt der Neger auch bei den organisierten Arbeitern als Mensch zweiter Klasse. Um so bemerkenswerter ist ein Beschluß, den jüngst die große Organisation der Eisenbahnarbeiter von Amerika auf ihrer Jahresversammlung faßte. Danach sollen von jetzt ab auch Farbige als Mitglieder aufgenommen werden, und es ist zu hoffen, daß dieses Beispiel Nachahmung findet. Die Schwarzen fingen nämlich an, als Streikbrecher unter den Eisenbahnarbeitern sehr gefährlich zu werden, und so wurde es ein Gebot der Klugheit, ihnen die Anerkennung als gleichberechtigte Arbeiter in der Organisation nicht länger zu versagen. Die Sozialisten traten stets in den Gewerkschaften für die Gleichberechtigung der Farbigen ein.

Briefkasten der Redaktion.

O. H., L. Ihre Anfrage habe ich an die Redaktion der »Graph. Rundschau« weitergegeben. — M. H., L. Berichte müssen mit dem Ortsstempel versehen sein. 20 Pf. Strafporto bezahlt. — H. R., L. Ueber einzelne auf dem Kongreß behandelte Fragen gingen eine ganze Reihe Artikel ein, die alle aktuell und eilig sind. Ihr Artikel erscheint sobald als möglich. Einige Wochen werden aber trotzdem vergehen. — F. P., L. Ich teile Deine Meinung und habe den Satz ganz gestrichen. Besten Gruß! — A. Z. 0001. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. — I. D., C. Kam für vorliegende Nummer zu spät.

Briefkasten der Expedition.

J. M.-D., Saalfeld. Die Frage-Adresse ist hier nicht bekannt.

Vermischtes.

Schwarzes Papier zum Zeitungsdruck wollen zwei amerikanische Papierfabrikanten verwandt sehen. Der Druck soll dann mit weißer

Chiffre-Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellengesuche

Für Lichtdruck. Tüchtiger Retuscheur für Positiv und Negativ, der auch flott und sauber montieren kann, sucht per 1. Oktober Stellung. Angebote unt. No. 301 zu richt. an Herrn F. Niemeyer, Cassel, Kaiserstr. 68 IIII.

Stellenangebote

Ia. Positiv-Retuscheur, für Auto und ia. Photograph, Strich, welche auch kopieren kann, per sofort gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, welche nachweislich erste Stellen bekleidet haben. [2,70] Karl Kind Jr., Bielefeld.

Retuscheure,

tüchtig in amerikan. Maschinenretusche, zum sofortigen oder baldigen Antritt gesucht. J. G. Scheller & Gliesecke 2,40] Reprod.-Abt., Leipzig.

Tüchtiger Retuscheur

für Positiv (Autotypie) in dauernde Stellung sucht [2,40] Albert Frisch, Berlin W., Lützowstr. 66.

Tüchtiger [1,80] Positiv-Retuscheur, in Spritz-Manier perfekt, sucht Knackstedt & Nüther, Hamburg.

Verschiedenes

Steindruckpresse,

Handbetrieb (55x77), fast neu, krankheits halber billig zu verkaufen. Herm. Dauth, Frankfurt a. M. - Niederrad.

Arbeitsmethode

Prosp. gratis und franko, f. Photochrom u. Rezept f. 10.- Mk. Off. R. Barth, München, Liebigstr. 39.

Wollen Sie Ihre prakt. Vorteile erweitern, so kaufen Sie sich den, für jeden Kollegen unentbehrlich.

praktisch. Umdrucker von Bernhard Enders. Druck u. Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Pr.inkl. Porto 80 Pf.

Um Einsendung der Adresse des Steindruckers

Karl Schleicher

aus Detmold ersucht [1,35] die Zahlstelle Weimar. Kollegen, welche obige Adr. wissen, werden gebeten, selbige der Verwaltung der Zahlstelle Weimar mitzuteilen.

Vorstände und Kollegen werden dringend um Bekanntgabe der jetzigen Adresse folgender Kollegen gebeten:

- Adolf Seitz, Steindruckere aus Stuttgart.
 - Bernhard Schröder, Lith. Maschinenmeister aus Iserlohn.
 - Joseph Schiff, Chemigraph aus Nemy.
 - Oskar Burger, Chemigraph aus Augsburg.
 - Iwan Tatomirowitsch, Kopist aus Serbien.
- Werte Zuschriften werden bestens dankt und erblüht [2,65] die Lithographia Basel in Basel.